

Dringliche Interpellation

betreffend **angefangene Schulversuche – wie weiter?**

eingereicht von: Gemeinderätin Carolyn Bodmer, namens der FDP-Fraktion

am: 9. Dezember 2002

Geschäftsnummer: 2002/138

Text und Begründung

In der Abstimmung vom 24. November 2002 wurde das neue Volksschulgesetz abgelehnt. Dadurch sind auch die laufenden Schulversuche und deren Finanzierung in Frage gestellt.

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Auskünfte zu erteilen:

1. Wie viele und welche Schulversuche finden zur Zeit in den einzelnen Kreisen statt?
2. Bis wann sind die Genehmigungen der Winterthurer Versuche und deren Mitfinanzierung durch den Kanton befristet?
3. Gemäss Medienberichten plant das Departement Schule und Sport, Tagesstrukturen, Teilautonome Volksschule, Integration sonderpädagogischer Massnahmen, QUIMS und Computerunterricht auch nach Ablauf der Bewilligungen weiterzuführen. Mit welchen Mehrkosten für die Stadt Winterthur muss bei dieser Vielzahl von Reformen ohne Kostenbeteiligung des Kantons gerechnet werden?
4. Wie wird in Zukunft die Gleichbehandlung der einzelnen Kreise betreffend Schulreformen (z. Bsp. Blockzeiten) gewährleistet?